Die Waffenstillstandsberatungen in Trier

Die Einschließung der deutschen Delegierten.

Die erste Sitzung der über die Verlängerung des Waffenstillstandes beratenden Delegierten ist gestern vormittag in Trier einberufen worden. Die Verhandlungen wurden in einem D-Zug am Bahnhof geführt. Der bereits gemeldete strengste Abschluß der Mitglieder der deutschen Waffenstillstandskommission wird auch während der Verhandlungen peinlichst durchgeführt. Die Mitglieder der deutschen Kommission sind nicht nur von jedem Verkehr privater Art von der Außenwelt abgeschlossen, sondern auch der Meinungsaustausch mit den Vertretern der deutschen Behörden wird ihnen nicht ohne die peinlichste Kontrolle gestattet. Dieser Vorgang widerspricht jedem Herkommen und steht in schärfstem Gegensatz zu den Bestimmungen des Völkerrechts, um so mehr, als diese Abschließung der Mitglieder der Waffenstillstandskommission im eigenen Lande erfolgt.

Verlängerung des Waffenstillstandes.

Nach Pariser Berichten haben die deutschen Vorstellungen in England Gehör gefunden, und die Verlängerung des Waffenstillstandes wird in Kürze erwartet. Es denke in Wirklichkeit kein Mensch daran, nach dem 17. Dezember die Feindseligkeiten wieder aufzunehmen, weil Deutschland die Bedingungen nicht habe restlos erfüllen können. Aus London wird berichtet, man rechne auf die Demobilisation der englischen Flotte im Mai, ein Termin, für den man den Friedensschluß ansetzt.

Die Dauer der englischen Besetzung.

Bonar Law sagte in einer Rede: Man habe die Wahlen nicht bis zur Rückkehr der Soldaten aufschieben können. Die Soldaten würden frühestens am Ende des nächsten Sessionsjahres, also ungefähr im August 1919, zurück sein.

Herr Barth und die Waffenbeschaffung.

Ein offenes Bekenntnis.

Die Mitteilung des Russen Joffe, daß er mehrere 100 000 Mark im Einverständnis mit den Herren Haase und Barth für Waffenbeschaffung für die deutschen Arbeiter bezahlt habe, ist bestritten worden. Damit wird die Angelegenheit freilich nicht klarer. Auch ein Artikel des Herrn Barth in der „Freiheit", der sich betitelt: „An den Vaterunenpfahl" (nämlich mit den deutschen Kriegspolitikern), verbreitet nicht mehr Licht. Herr Barth, Mitglied der deutschen Reichsregierung, leugnet nicht, monatelang im eminent revolutionären Sinne tätig gewesen zu sein. Er schreibt:

„Ich leugne nicht, mehrere tausend Schußwaffen und mehrere tausend Handgranaten zur Ausrüstung der Berliner Arbeiterschaft besorgt zu haben. Ich leugne auch nicht, daß diese Waffen durch eine vorzügliche Organisation über ganz Berlin verbreitet gewesen sind. Ich leugne nicht, daß es keine Großbetriebe in Berlin gegeben, die nicht bei dem Ausbruch der Revolution in der Lage gewesen wären, mit ihrer Sturmtruppe an der Spitze der Schutzleute Herr zu werden. Ich leugne nicht, daß, wenn es zum Kampfe gekommen wäre, es viele Opfer gekostet hätte. Ich möchte es mir aber ganz energisch verbitten, von irgendwem und irgendwann mir sagen zu lassen, daß ich im Interesse des Auslandes tätig gewesen sei.

Ich war tätig für die Revolution, für den Sozialismus, für die Menschheit. Ich war tätig, um eine illegale Organisation von vielen Tausenden zu schaffen, die, obwohl sie nicht im Schützengraben lagen, obwohl sie, die angeblich so hohe Löhne bezogen, bereit waren, freudig ihr Leben in die Schanze zu schlagen, um Millionen draußen an der Front das Leben zu retten. Es ist nur bedauerlich, daß dies erst im Jahre 1918 und nicht schon einige Jahre früher geschah. Wäre dies früher geschehen, dann wären Millionen von Menschenleben erspart und Deutschland vor dem völligen Zusammenbruch bewahrt geblieben.

Das alles ist wahr. Wahr ist weiter, daß von dieser illegalen Organisation die Leitung der U. S. P. (Unabh.) erst erfuhr, als daran absolut nichts mehr zu ändern war. (!) Ich konstatiere gern, daß dann auch nicht von einem einzigen Bedenken erhoben worden sind, sondern daß sie sich alle voll und freudig der notwendigen Aufgabe widmeten. (!)

Am Schluß des Artikels werden Drohungen der „Deutschen Tageszeitung" durch Gegendrohungen beantwortet. Die deutschen Kriegspolitiker möchten sich merken, daß ihr Ruf nach dem Vaterunenpfahl sehr leicht sie zu dessen erster Zierde machen könnte. „Wir sind zum Frieden gewillt, zum Kampfe bereit."

Meinen die Herren Ebert und Scheidemann vielleicht nicht auch, daß ein verantwortlicher deutscher Politiker eigentlich etwas anders sprechen müßte?

Interessant ist es jedenfalls, daß Herr Barth die Berliner Arbeiterschaft so insgeheim bewaffnen konnte, ohne daß die damaligen Berliner Behörden, die sonst z. B. hinter jedem harmlosen Ausländer Jagd zu machen wußten, eine Ahnung davon hatten.

Kleine politische Meldungen.

Ein neuer Schweizer Bundespräsident. Die vereinigte Bundesratsversammlung in Zürich wählte den Bundesrat Gustav Ador aus Genf zum Bundespräsidenten. Zum Vizepräsidenten des Bundesrats wurde Motta gewählt. Bundeskanzler wurde der bisherige Vizekanzler v. Steiger.

Das Abschiedsgesuch des Staatssekretärs Solf. Die schon seit längerer Zeit bestehenden Unstimmigkeiten zwischen dem Staatssekretär des Auswärtigen Amts Dr. Solf und den Vertretern der Unabhängigen Sozialdemokratie im Rate der Volksbeauftragten haben sich derart zugespitzt, daß sich Dr. Solf nunmehr zur Einreichung seines Abschiedsgesuches entschlossen hat.

Erschossen. Aus Petersburg wird mitgeteilt, daß auf Befehl des Sowjets General Ruzki, der frühere Befehlshaber der russischen Nordfront, und General Radko Dimitriew, der Befehlshaber der russischen Armee in Galizien, erschossen wurden.

Belgische Gewalttaten in Aachen. Wie die sozialdemokratische Zeitung „Het Volk" in Amsterdam meldet, haben am Sonntagabend belgische Soldaten in Aachen schwere Ausschreitungen begangen. Sie plünderten Kaufläden, mißhandelten die Bewohner und erstachen einen Zuweiler. Französische Soldaten stellten die Ordnung mit Waffengewalt wieder her.

Wilsons Rückkehr. Nichtamtlich verlautet, daß Wilson nicht vor Ende Februar nach den Vereinigten Staaten zurückkehren wird.

Ein Komitee ausländischer Sozialisten in Berlin. Von einer Gruppe in Berlin ansässiger ausländischer Sozialisten ist ein Komitee gegründet worden, das sich die Verbreitung der sozialistischen Ideen in Europa, Aufklärung unter den Arbeiterklassen aller Länder über das Wesen und die Bedeutung der russischen und der deutschen Revolution sowie die Forderung eines dauernden internationalen Friedens zur Aufgabe gestellt hat.

Vorläufig keine Revolutionsfeiern. In der Presse war mitgeteilt worden, daß am 1. Januar auf Veranlassung der preußischen Staatsregierung Revolutionsfeiern veranstaltet werden würden. Das preußische Staatsministerium hat beschlossen, von Revolutionsfeiern am 1. Januar abzusehen. Es ist möglich, daß die Feier auf den 1. Mai verschoben wird.

Eine österreichische Regierung auf sächsischem Gebiet. Der Landeshauptmann von Deutsch-Böhmen Dr. v. Lodgman hat sich mit den geschäftsführenden Mitgliedern der Landesversammlung, deren Sitz bisher in Reichenberg war, nach Zittau begeben und wird von hier aus die Geschäfte Deutsch-Böhmens führen. Dr. v. Lodgman hat funkentelegraphisch an den Kriegsrat in Versailles die Bitte gerichtet, die Entente möge durch ihre Truppen, namentlich durch die Amerikaner, Deutsch-Böhmen besetzen lassen. In Wiener politischen Kreisen verlautet, daß die Besetzung von Reichenberg, Trautenau, Komotau und Troppau unmittelbar bevorsteht. Gablonz wurde von den Tschechen besetzt.

Von Stadt und Land.

Aue, 13. Dezember.

Gemeinschaftliche Sitzung der städtischen Körperschaften.

Das Ortsgesetz über die Gemeindewahlen.

Gestern nachmittag fand im Stadtverordneten-Sitzungssaale zunächst eine gemeinschaftliche öffentliche Sitzung der städtischen Körperschaften zur Durchberatung des neuen Ortsgesetzes über die Stadtverordnetenwahlen statt.

Bürgermeister Hofmann leitete die Sitzung. Er führte in der Berichterstattung über das Ortsgesetz u. a. aus, daß es sich um ein Wahlgesetz handle, das gewissermaßen nur für eine einzige Wahl gelte. Nach kurzer Erläuterung der Vorgeschichte des Gesetzes verlas Redner die wichtigsten Bestimmungen der Verordnung des sächsischen Gesamtministeriums vom 28. November über die Gemeindewahlen und fügte hinzu, dem bisherigen Wahlrecht mit seinen bornenvollen Bestimmungen werde man keine Träne nachweinen. Jetzt stehe man vor vollendeten Tatsachen und müsse ein neues Wahlrecht schaffen. Diese werde Meinung haben bis zum Erlaß eines Reichswahlgesetzes und deshalb empfehle es sich, nur das notwendigste zu regeln und das Ortsgesetz über die Gemeindewahlen so kurz wie möglich zu halten. Der Redner erläuterte dann die wichtigsten Bestimmungen des neuen Ortsgesetzes, das die Stadtverordnetenwahlen für Aue (wie wir schon gestern mitteilten) auf den 26. Januar 1919 festsetzt. Man werde den übrigen Gemeinden des Bezirks Schwarzenberg von diesem Wahltermin Mitteilung machen, um vielleicht einen einheitlichen Wahltag für den ganzen Bezirk herbeizuführen. An der Zahl der Stadtverordneten (27) ändere sich gegen früher nichts. Zum letzten Satze des § 7 („Eine Verbindung von Wahlvorschlägen findet nicht statt") machte Bürgermeister Hofmann eingehende Erläuterungen, um zunächst das Wesen der Verhältniswahl dazutun, das das gerechteste Wahlsystem darstelle, da es auch den Minderheiten zum Rechte verhilft. Dann erläuterte er in lichtvoller Weise die Systeme der freien, gebundenen und verbundenen Listen und verwies besonders auf die Vorteile der letzteren, die vor allem in der Abschwächung des Wahlkampfes und dadurch in der Vermeidung der Stimmzersplitterung liegen. Außerdem können durch die verbundenen Listen bei der Auszählung den betreffenden verbundenen Gruppen unerwartet Mandate zufallen. Redner befürwortete darnach Streichung des vorerwähnten letzten Satzes des § 7 und Einfügung eines neuen § 5a, wonach mehrere Wahlvorschläge miteinander verbunden werden können. Im übrigen hatte Bürgermeister Hofmann an dem Ortsgesetz und seinen beiden Anlagen keine oder nur unwesentliche Ausstellungen zu machen.

Vorsteher Raabe meinte, daß nach den ausführlichen Erläuterungen des Bürgermeisters wohl kaum eine längere Diskussion notwendig sein werde. Im übrigen sprach er sich für die unveränderte Annahme des Ortsgesetzes bezw. Annahme der vom Bürgermeister für § 7 vorgeschlagenen Aenderungen aus.

Stadtv. Ziegler erklärte sich gegen verbundene Listen, die bei den Wahlen wieder einen bürgerlichen Mischmasch ergeben werden, wie er schon vor der Revolution bestanden habe. Die Listen seien ein neues Agitationsmittel für die bürgerlichen Parteien.

Stadtv. Selbmann sprach sich im Interesse eines Ueberganges für verbundene Listen aus. Man müsse die bisherige Wahl des Bürgertums in Berufsgruppen berücksichtigen. Schon haben die Beamten beschlossen, ihre eigene Liste aufzustellen. Aus diesen — und nicht aus agitatorischen — Gründen müsse er für verbundene Listen eintreten.

Stadtv. Gaedt erklärte sich im Interesse der Mehrheit der Bürgerschaft gleichfalls für die verbundenen Listen.

Stadtv. Zettel sprach sich gegen verbundene Listen aus. Deshalb beantrage er Streichung des § 5a.

Bürgermeister Hofmann schilderte gegenüber den Bedenken des Stadtv. Zettel die demoralisierenden Wirkungen des „Kartellsystems" im alten Wahlverfahren im Vergleiche mit dem jetzigen System der verbundenen Listen.

Stadtv. Gerlach meinte, er habe gehofft, das Bürgertum in Aue als einige Masse vorzufinden — jetzt zeige es sich, daß wieder so und so viele Interessentengruppen auftauchen, die durch verbundene Listen im trüben fischen wollen. Das sei bedauerlich. Er und seine Partei würden jedenfalls gegen die verbundenen Listen stimmen. Redner äußerte auch noch Bedenken gegen die Fassung des § 5 der Anlage 2 mit Bezug auf die Wahrung des Wahlgeheimnisses, wonach Umschläge für die Stimmzettel nicht verwendet werden sollen.

Stadtv. Bär stellte fest, daß die Beamten nur erwogen haben, eine selbständige Liste aufzustellen. Sie hätten sich ihre Maßnahmen noch vorbehalten. Alles komme darauf an, ob man die Stadtverordnetenwahlen vom politischen oder vom wirtschaftlichen Standpunkte betrachte. Vom ersteren Standpunkte aus sei jetzt der gegebene Augenblick zur Gegenüberstellung bürgerlicher und sozialistischer Kandidaten gekommen.

Stadtv. Ziegler forderte im Interesse der Wahrung des Wahlgeheimnisses dringend die Beschaffung von Umschlägen für die Wahlzettel. Bürgermeister Hofmann erklärte, daß dem keine Bedenken gegenüberstehen würden.

Vorsteher Raabe erklärte gegenüber dem Stadtv. Gerlach, daß von „im trüben fischen" bei den bürgerlichen Parteien nicht die Rede sein könne, wenn diese an den Reichsbestimmungen festhalten wollen. Auch könne man nicht erwarten, daß die bürgerlichen Parteien sich von heute auf morgen so geschlossen organisieren wie z. B. die Sozialdemokratie.

Stadtv. Lehn beantragte Aenderung des § 8 dahin, daß die Stadtverordneten nur auf zwei, statt auf drei Jahre gewählt werden sollen. Im übrigen verwies er darauf, daß von den Volksbeauftragten in Sachsen verbundene Listen nicht gewünscht wurden.

Bürgermeister Hofmann berichtigte diese Auffassung als einen Irrtum des Stadtv. Lehn. Bezüglich der Wahlbauer der Stadtverordneten habe das sächsische Gesamtministerium selbst drei Jahre als Regel angegeben.

Stadtv. Höfer betonte, daß im Ortsgesetz eine Bestimmung über die Wahlzeit fehle. Im übrigen polemisierte er gegen den Stadtv. Raabe, dem gegenüber er darauf hinwies, daß es jetzt keine Interessenwirtschaft mehr geben dürfe, sondern daß jeder sein Interesse dem großen Ganzen unterordnen müsse.

Stadtv. Gaedt schlug eine Wahlzeit von 9 bis 8 vor gegenüber dem Vorschlage des Bürgermeisters von 10 bis 6.

Stadtv. Selbmann sprach sich gegen eine so weitgehende Verkürzung der Wahlzeit aus, namentlich im Interesse der Frauen.

Stadtv. Gerlach trat für eine Vermehrung der Wahlbezirke ein, um das Wahlgeschäft zu erleichtern und eine lange Wahlbauer zu verhindern.

Die Abstimmung.

Es wurde nun paragraphenweise die Abstimmung über das Ortsgesetz vorgenommen. Abgelehnt wurde der Antrag zu § 1, die Wahlzeit von 9 auf 8 und der Antrag Selbmann, die Wahlzeit von 9 auf 7 Uhr festzusetzen. Angenommen wurde der Antrag des Bürgermeisters Hofmann, die Wahlzeit von 10 bis 6 Uhr festzusetzen. Zu § 3 wurde der Antrag Lehn, die Wahlbauer der Stadtverordneten von drei auf zwei Jahre herabzusetzen, mit großer Mehrheit abgelehnt. Angenommen wurde ferner der Antrag Raabe auf Einschiebung des § 5a in das Ortsgesetz (über Einführung verbundener Listen) als § 7a. Zu † 5 der Anlage 2 machte Stadtrat Schubert Bedenken gegen Umschläge (in Aue etwa 12 000 erforderlich) für die Stimmzettel geltend wegen der derzeitigen Schwierigkeiten der Beschaffung und wegen der Kosten. Es wurde aber der Satz „Umschläge werden bei der Abgabe von Stimmzetteln nicht verwendet" auf Beschluß des Kollegiums aus § 5 gestrichen, sodaß die Bestimmungen des Reichswahlrechts über die Verwendung von Umschlägen von selbst in Kraft treten.

Stadtrat Schubert bat um Vornahme der Wahlen für den Wahlprüfungsausschuß, in den die Stadtverordneten vier Mitglieder zu entsenden haben. Damit war die Beratung des Ortsgesetzes und die gemeinschaftliche Sitzung der städtischen Körperschaften beendet. Es folgte eine

Sitzung der Stadtverordneten.

Satzung der Goldhan-Stiftung.

In der letzten Sitzung wurden an dem Entwurf zur Satzung der Goldhan-Stiftung vom Kollegium gewisse Abänderungen vorgenommen, denen der Rat teilweise zugestimmt und die er teilweise abgelehnt hat. Das Kollegium trat darauf der ursprünglichen Fassung der Satzung einstimmig bei.

Berechnungsgeld zur Abbürdung des unwirtschaftlichen Bauaufwandes.

Auch diese Angelegenheit hat das Kollegium in der letzten Sitzung bereits beschäftigt. Sie wurde an den Rat zur Beibringung weiterer Unterlagen zurückverwiesen. Solche Unterlagen wurden nun beigebracht und Vizevorsteher Bär machte daraus einige Mitteilungen. Der Bauausschuß empfahl Begünstigung des Baues von Kleinwohnungen, Begünstigung von Kleinsiedelungen und empfahl ferner Uebernahme eines Zuschusses. Der Rat der Stadt beschloß, als Berechnungsgeld 100000 Mark in Vorschlag zu bringen.

Bürgermeister Hofmann begründete die Notwendigkeit der Vorlage mit Rücksicht auf die in Aue herrschende und noch zu erwartende Wohnungsnot. Es sei zwar hier noch kein Notstand eingetreten, aber das könne noch kommen. Wenn die Stadt jetzt nicht eingreife, werde niemand bauen, niemand das Risiko des Bauens übernehmen wollen. Eine Wohnungsnot in Aue werde aber auch zu einer großen Steigerung der Mietpreise führen, die niemand wünsche. Ueberdies habe die Geschäftswelt an der Wiederaufnahme der Bautätigkeit das lebhafteste Interesse.

Nach kurzen Bemerkungen des Stadtv. Selbmann wurde die Vorlage einstimmig angenommen.

Erwerbslosenfürsorge.

Es liegt ein vom Rat ausgearbeiteter Entwurf von Bestimmungen für die Erwerbslosenfürsorge vor.

Vizevorsteher Bär teilte mit, daß die Vorlage sofort behandelt werden müsse, da sich bereits viele Erwerbslose bei der Stadt gemeldet hätten und Vorschüsse erhalten haben. Der Kriegsausschuß der Stadt Aue hat auf Grund der 18 Paragraphen des sächsischen Gesetzes über die Erwerbslosenfürsorge für Aue ein Ortsgesetz ausgearbeitet, das, wie Stadtv. Ziegler eingehend erläuterte, sich im großen Ganzen streng an die Bestimmungen dieses Gesetzes hält. (Es muß hier leider festgestellt werden, daß der hiesigen Presse keine Abschriften des Entwurfes des Ortsgesetzes zugegangen sind. Da es sich hier nur um zwei Exemplare handelt, so konnte die Herstellung derselben doch wahrhaftig keine Rolle spielen. Aber man muß immer wieder die betrübende Wahrnehmung machen, daß man die Presse übergeht, daß man nicht an sie denkt und nicht darauf bedacht ist, ihr ihre oft schwierige Aufgabe bei gegebener Gelegenheit ein wenig zu erleichtern. Wir möchten fast die Hoffnung aufgeben, daß in dieser Beziehung sobald ein Wandel zum Besseren eintreten wird. D. Schriftl.)

Stadtv. Hauffe meinte, daß man ohne weiteres dem Entwurfe zustimmen dürfe. Er wies darauf hin, daß der Kriegsunterstützungsausschuß bisher stets in großzügiger, vorbildlicher Weise in Unterstützungsfällen gearbeitet habe, sodaß von ihm Engherzigkeiten nicht zu befürchten seien. Im übrigen begründete Redner die Beschlüsse des Ausschusses inbezug auf den Entwurf eingehend. Sehr warm trat er für Erhöhung der Zuschüsse aus der Fürsorge an die Familienväter ein. Vizevorsteher Bär teilte ergänzend mit, daß von Reich- und Bundesstaaten 10/11, von den Gemeinden 1/11 der Kosten der Fürsorge getragen werden.

Auf Anfrage des Stadtv. Gaedt wird mitgeteilt, daß das Gesetz über die Erwerbslosenfürsorge zunächst auf ein Jahr erlassen ist.

Stadtv. Ziegler beantragte gewisse Aenderungen der Unterstützungssätze in Anlehnung an die Chemnitzer Sätze.

Bürgermeister Hofmann bat, es bei den Sätzen des Entwurfs zu belassen. Man werde versuchen, auf der bevorstehenden Konferenz der Gemeindevertreter des Bezirks Schwarzenberg in Aue eine Einigung über die Sätze herbeizuführen. Stadtv. Ziegler erklärte sich einverstanden.

Es wurden darauf ohne weitere Debatte die Bestimmungen über die Erwerbslosenfürsorge einstimmig angenommen.

Neues Waffenrat.

An Stelle des Fabrikbesitzers Hoffmann wurde Privatmann Louis Heinze als Waffenrat vorgeschlagen. Das Kollegium stimmte zu.

Der Wahlprüfungsausschuß.

In den nach dem Ortsgesetz für die Stadtverordnetenwahlen in Aue erforderlichen Wahlprüfungsausschuß wurden gewählt die Stadtv. Bär, Gerlach, Hauffe und Zettel.

Damit war die Tagesordnung der öffentlichen Sitzung, die um 5 Uhr begonnen hatte, gegen 8/9 Uhr beendet. Es folgte eine geheime Sitzung.